

### Thema der Woche

Länderbericht 2019 für Österreich: Investitionsfokus auf Digitalisierung nach wie vor Priorität

### In Kürze

Trilogeinigen zu PEPP und Bankenreformpaket bestätigt

Ausschuss für Beschäftigung bestätigt Work-Life-Balance-Richtlinie

Trilogergebnis zur Europäischen Arbeitsbehörde angenommen

### Neues aus dem Europäischen Parlament

Erasmus post-2020: Abgeordnete sprechen sich für Verdreifachung der Fördermittel aus

Abgeordnete nehmen Verhandlungsposition für Förderprogramm Kreatives Europa an

Umweltausschuss bestätigt neue CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für LKW und Busse

### Neues aus anderen Bereichen

Neues aus dem Handel – Langfristige Partnerschaften und Abkommen sind Schlüssel zum (Export-)Erfolg für unsere Betriebe

Neuer EU-Preis für Vorreiter in Sachen Produktsicherheit

Heiße Woche im Finanzdienstleistungsbereich – Bei Einigungen zur Kapitalmarktunion sind stabile Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit wichtig

### Neues aus den Verbänden

Rabmer-Koller: Europawahl entscheidend für eine erfolgreiche Zukunft – KMU in Europa stärken

### Inside Brussels

EU-Wirtschaftsclub mit Philipp Schulmeister: Interesse an Europawahlen steigt

### Statistik der Woche

Regionales BIP pro Kopf reichte im Jahr 2017 von 31 bis 626 Prozent des EU-Durchschnitts

### Jobs+Jobs+Jobs

eu-LISA sucht General Services Officer

### EU-Agenda

EU-Kommission: 2286. Sitzung am 6. März 2019

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

### Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich  
Av. de Cortenberg 30  
B-1040 Brüssel  
Telefon: +32 2 286 58 80  
Internet: wko.at/eu

Redaktion:  
Franziska Annerl  
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:  
eu@eu.austria.be

## Länderbericht 2019 für Österreich: Investitionsfokus auf Digitalisierung nach wie vor Priorität

Das Europäische Semester legt fest, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre haushalts- und wirtschaftspolitische Planung jährlich zu fixen Zeitpunkten mit der EU-Kommission erörtern. Die von der Kommission am Mittwoch veröffentlichten **28 Länderberichte** im Rahmen des Europäischen Semesters enthalten detaillierte Analysen der länderspezifischen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. In den Länderberichten wird bewertet, inwieweit die Mitgliedstaaten die Empfehlungen der Kommission vom Juli 2018 umsetzen. Die **Analyse** der länderspezifischen Herausforderungen erfolgte vor dem Hintergrund, dass die europäische Wirtschaft 2019 voraussichtlich im siebten Jahr in Folge wachsen wird, allerdings langsamer als bisher. Die Kommission will mit dem Paket auch eine Diskussion über Herausforderungen und Prioritäten im Bereich der Investitionen in den Mitgliedstaaten anstoßen und präsentiert erste Überlegungen, wie die EU-Mittel im kommenden Programmplanungszeitraum 2021-2027 hierbei sinnvoll eingesetzt werden können.

Im Hinblick auf **Österreich** konstatiert die Kommission Luft nach oben bei der Übersetzung von Investitionen in Forschung und Entwicklung in Innovationsergebnisse sowie bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Fokus der Investitionen auf Innovation, Digitalisierung und Nachhaltigkeit ist nötig, um Produktivität und stärkeres Wachstum zu schaffen. Die F&E-Investitionen sind konstant gestiegen, sowohl von privater als auch öffentlicher Hand. Die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Unternehmen sind gut etabliert, das volle Potenzial ist jedoch noch nicht ausgereizt. Unternehmen investieren in IKT, aber insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bleiben zurück. Der IKT Sektor ist in Österreich vergleichbar klein, und obwohl „Digitalisierung“ eine Schlüsselpriorität darstellt, ortet die Kommission Unsicherheiten über Implementierung, Monitoring und Budget für viele der angedachten Maßnahmen.

Die WKÖ greift die Bewertungen der Kommission auf: Gerade KMU brauchen Unterstützung bei der Digitalisierung, um auch in Zukunft mithalten zu können. Viele Digitalisierungstrends bieten für Unternehmerinnen und Unternehmer ein großes Potenzial an Chancen. Zugleich steigen auch – durch die zunehmende Automatisierung und Digitalisierung sämtlicher Dienstleistungs- und Produktionsbereiche – die Herausforderungen, vor allem für KMU in Österreich. Die von der Wirtschaftskammer und dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort ins Leben gerufene Initiative **KMU DIGITAL** unterstützt Mitarbeiter und Unternehmen in allen Branchen und Bundesländern.

Insgesamt konstatiert die Kommission Österreich robustes Wachstum (durch privaten Konsum und Investitionen), das sich jedoch verlangsamt, sowie Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt. Damit unsere Unternehmen langfristig Wachstum und Arbeitsplätze schaffen können, braucht es die richtigen Rahmenbedingungen und dazu zählen deutlich weniger Bürokratie, gezielte Infrastrukturinvestitionen und Maßnahmen im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

### Inhaltsverzeichnis

### Trilogeinigungen zu PEPP und Bankenreformpaket bestätigt

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments bestätigte diese Woche mehrere Trilogergebnisse: am 26. Februar wurde das **Ergebnis der Trilogverhandlungen zur Schaffung eines europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukts** (pan-European personal pension product, PEPP) angenommen. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AStV) hatte das Trilogergebnis bereits am 13. Februar **bestätigt**. Ebenso wurden im ECON die **Trilogergebnisse zum Bankenreformpaket** abgesegnet. Das Paket beinhaltet **Änderungen der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV)** und der **Eigenkapitalverordnung (CRR)** sowie der **Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD)** und der **Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRMR)**. Die Änderungen betreffen unter anderem die **Eigenkapitalanforderungen**. Des Weiteren ist im **Abwicklungsbereich** ein verbessertes Rahmenwerk vorgesehen. Zusätzlich wird auf das Thema der **Proportionalität stärker eingegangen**. Die Trilogergebnisse müssen nun noch vom Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt werden. Anschließend werden sie dem Rat zur finalen Annahme vorgelegt.

### Ausschuss für Beschäftigung bestätigt Work-Life-Balance-Richtlinie

Die Abgeordneten des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) haben am Dienstag mit großer Mehrheit (31 Stimmen, drei Gegenstimmen, drei Enthaltungen) dem vorläufigen **Trilogergebnis für die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige** („Work-Life-Balance-Richtlinie“) zugestimmt. Väter sollen künftig nach der Geburt ihres Kindes Anspruch auf einen **Vaterschaftsurlaub von mindestens zehn Tagen mit Vergütung in Höhe des Krankengeldes** haben. Ferner wird europaweit der **Anspruch auf vier Monate Elternurlaub** bestehen, wobei **zwei Monate nicht zwischen Elternteilen übertragbar sind** und in der von den Mitgliedstaaten festgelegten Höhe vergütet werden. Außerdem hat man sich auf europäische Bestimmungen für den Urlaub für pflegende Angehörige verständigt, sodass Arbeitnehmer nunmehr Anspruch auf jeweils **fünf Tage pro Jahr für Pflegetätigkeiten** haben. Die neuen Vorschriften beinhalten auch das Recht für Eltern und pflegende Angehörige, **flexiblere Arbeitsregelungen** zu beantragen. Im Europäischen Parlament soll das Ergebnis in der ersten Plenartagung im April bestätigt werden.

### Trilogergebnis zur Europäischen Arbeitsbehörde angenommen

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten hat am Dienstag mit großer Mehrheit das **Trilogergebnis** bei der **Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)** bestätigt. Diese neue Stelle soll die **Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften in Bezug auf Arbeitskräftemobilität und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit unterstützen**. Außerdem soll sie Arbeitnehmern und Arbeitgebern Informationen über grenz-überschreitende Arbeitskräftemobilität bereitstellen. Die ELA soll die Mitgliedsstaaten bei konzertierten und gemeinsamen Kontrollen, bei der Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und bei der Lösung grenzüberschreitender Streitfälle unterstützen. Das EP-Plenum soll der Einigung bei der zweiten Plenartagung im April zustimmen. Was die Sitzbestimmung der Arbeitsbehörde betrifft, legt die rumänische Ratspräsidentenschaft dem Ausschuss der Ständigen Vertreter ihren **Vorschlag** zum Verfahren am 6. März zur Erörterung und am 13. März zur Billigung vor.

## Neues aus dem Europäischen Parlament

### Erasmus post-2020: Abgeordnete sprechen sich für Verdreifachung der Fördermittel aus

Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments vergangene Woche wurde unter anderem über den Berichtsentwurf über das zukünftige EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport „Erasmus“ für die Zeit nach 2020 abgestimmt. Der angenommene Bericht, der gleichzeitig die Position des Parlaments für die nun bevorstehenden Trilogverhandlungen mit dem Rat darstellt, sieht insbesondere eine Verdreifachung des zukünftigen Programmbudgets auf 46,7 Milliarden Euro gegenüber dem Budget für den aktuellen Programmzeitraum vor – was auch den von der Kommission vorgeschlagenen Betrag von 30 Milliarden Euro übersteigt, der seitens der Mitgliedstaaten unterstützt wird.

Vergleichsweise nahe beieinander liegen die Positionen des Rates und des Parlaments beim Verteilungsschlüssel für die Mittel, wobei sich die Abgeordneten für eine Zuweisung von **83 Prozent der Mittel für den Bildungsbereich**, 10,3 Prozent für die Priorität Jugend sowie zwei Prozent für den Sportbereich aussprechen. Für die Programmumsetzung sollen 3,2 Prozent der Ressourcen vorgesehen werden. Gegenüber dem Kommissionsvorschlag sieht die Parlamentsposition unter anderem auch eine Ausweitung der Zielgruppe der Lernenden in der beruflichen Bildung vor, wonach diese auch bis zu zwei Jahre nach Abschluss ihrer Ausbildung für die Förderung eines Auslandsaufenthaltes in Frage kommen sollen. Eine solche erweiterte Förderfähigkeit wird aus Sicht der WKÖ begrüßt. Darüber hinaus sind auch die vorgeschlagene Erhöhung der Programmmittel einerseits sowie der Mittel für berufliche Mobilität innerhalb des Programms andererseits überaus positiv zu beurteilen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

#### Inhaltsverzeichnis

### Abgeordnete nehmen Verhandlungsposition für Förderprogramm Kreatives Europa an

Vergangene Woche gelangte im Zuge der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments der Berichtsentwurf über das zukünftige EU-Förderprogramm „Kreatives Europa“ für die Zeit nach 2020 zur Abstimmung. Das Programm hat die Unterstützung der europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft, einschließlich des audiovisuellen Sektors zum Ziel. Das Abstimmungsergebnis stellt gleichzeitig die Position des Parlaments für die nun bevorstehenden Trilogverhandlungen mit dem Rat dar. Gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag sieht die Parlamentsposition nur geringfügige Änderungen vor. So sprechen sich die Abgeordneten beispielsweise für die Vorsehung der Förderfähigkeit von Festivals oder die Aufnahme der Förderung von grenzüberschreitender Mobilität von Künstlern und Kreativschaffenden als Programmziel in den Verordnungstext aus.

Die Kreativwirtschaft hat wie kaum ein anderer Bereich in den letzten Jahren als Wirtschafts- und Wettbewerbsfaktor innerhalb der Europäischen Union an Bedeutung gewonnen. Die Diversität der Kreativleistungen ist ein besonderes Charakteristikum mit Alleinstellungsmerkmal für Europa im globalen Wettbewerb.

Aus Sicht der WKÖ sollte die Kreativwirtschaft im nächsten EU-Haushalt 2021-2027 daher als eigener Sektor aber auch als Querschnittsmaterie bzw. in ihrer Funktion als Innovationstreiberin berücksichtigt werden, um das Potential der Kreativwirtschaft für Wachstum und Beschäftigung in der Europäischen Union nutzbar zu machen. Unter Verwendung eines breiten Innovationsbegriffes sollte eine konkrete Berücksichtigung der Kreativwirtschaft insbesondere auch im Rahmen des nächsten EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa erfolgen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

## Inhaltsverzeichnis

### Umweltausschuss bestätigt neue CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für LKW und Busse

Der rumänische EU-Ratsvorsitz hat mit Vertretern des Europäischen Parlaments eine vorläufige Einigung über neue verbindliche CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für schwere Nutzfahrzeuge (LKW und Busse) erzielt. Ziel dieser **Verordnung** ist es, erstmalig CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge festzulegen, damit die Mitgliedstaaten ihre Emissionsreduktionsziele der Lastenteilungsverordnung (**Effort Sharing**) erreichen. **Im Zeitraum 2025 bis 2029 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von neuen LKW und Bussen durchschnittlich um 15 Prozent zurückgehen. Ab 2030 müssen sie durchschnittlich um 30 Prozent weniger ausstoßen.** Diese Ziele sind verbindlich. Lkw-Hersteller, die sich nicht daran halten, werden eine Geldbuße in Form einer Emissionsüberschreitungsabgabe zahlen müssen. Die Höhe der Strafzahlungen wurde von 2025-2029 mit 4.250 Euro festgelegt, ab 2030 dann mit 6.800 Euro pro g CO<sub>2</sub>/tkm.

Die beiden Gesetzgeber haben auch vereinbart, das System von Anreizen für emissionsfreie und emissionsarme Fahrzeuge im Sektor der schweren Nutzfahrzeuge gegenüber dem Vorschlag der Kommission zu verstärken. Das sogenannte „Super-Credit“ System wird bis inkl. 2024 angewendet und ab dann von einem Benchmark System (ohne Anreizfaktor) abgelöst. Busse sind von diesem System ausgeschlossen, weil es hier bereits im Rahmen anderer Maßnahmen Anreize für emissionsfreie und emissionsarme Fahrzeuge gibt.

Aus Sicht der österreichischen Wirtschaft sind die Reduktionsziele zu streng angesetzt. Die beschlossenen Reduktionsziele sind doppelt so hoch wie die Vorschläge seitens der EU-Hersteller: -7 Prozent in 2025 und -16 Prozent in 2030 auf Basis 2019. Die Ziele verlangen zunehmend Null-Emissions-Fahrzeuge, auch für den Langstrecken-Güterverkehr. Der Vorschlag des EU-Parlaments (45 Prozent bis 2030 und 20 Prozent bis 2025) konnte im Endergebnis allerdings abgewehrt werden. **Einen Lkw zu elektrifizieren ist insgesamt eine Herausforderung.** Das Fahrzeug muss über eine Reichweite verfügen, die logistischen Ansprüchen gerecht wird. Forschung und Entwicklung sind dabei nicht im Gleichklang mit den vorgegebenen Zielen. Dies sollte im Hinblick auf den Review für 2022 mitgedacht werden: Kriterium sollte der Fortschritt beim Aufbau einer nutzfahrzeugspezifischen Ladeinfrastruktur sein; gegebenenfalls sollte für 2030 auch eine Zielkorrektur (nach unten) möglich sein. Die Einigung muss noch formell vom Rat der Europäischen Union abgesegnet werden.

Ansprechpartnerin: Barbara Lehmann

## Inhaltsverzeichnis

# Neues aus anderen Bereichen

## Neues aus dem Handel – Langfristige Partnerschaften und Abkommen sind Schlüssel zum (Export-)Erfolg für unsere Betriebe

Schwerpunkte beim letzten informellen Handelsministerrat in Bukarest waren die **Handelsbeziehungen der EU mit den USA** sowie die **Reform der WTO**. Zusätzlich wurden die Minister von Handelskommissarin Cecilia Malmström über die **laufenden Verhandlungen der EU zu Handelsabkommen mit Drittstaaten**, unter anderem mit Australien, Neuseeland, Mercosur und Chile, informiert. Zudem gab es einen **Austausch zu Zollpräferenzen im Rahmen der Regelung „Alles außer Waffen“ (Everything But Arms - EBA)**, insbesondere betreffend Kambodscha und Myanmar.

In diesem Zusammenhang reiste vom 18. bis zum 22. Februar auch **eine hochrangige Delegation**, bestehend aus Vertretern der Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes, **nach Myanmar, um die negativen Entwicklungen im Menschenrechtsbereich zu untersuchen**. Die EBA-Regelung ist ein Teil des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU, der es ermöglicht, die Ausfuhren benachteiligter Entwicklungsländer in die EU ganz oder teilweise von Zöllen zu befreien. Myanmar ist verpflichtet, die im Übereinkommen enthaltenen Prinzipien zu respektieren. Andernfalls könnte ein Verfahren über eine vorübergehende Aussetzung des präferenziellen Zugangs Myanmars zum EU-Markt drohen. Die Kommission hatte **am 11. Februar ein solches Verfahren gegen Kambodscha eingeleitet**.

Vom 18. bis 22. Februar fand die **dritte Verhandlungsrunde für ein Handelsabkommen der EU mit Neuseeland** in Brüssel statt. Dabei bekräftigten beide Seiten gute Fortschritte. Dabei kam es auch zu ersten Diskussionen über die jeweiligen Marktzugangsangebote für Waren, die kürzlich ausgetauscht wurden. Die vierte Verhandlungsrunde soll im Mai in Neuseeland stattfinden.

Am 26. Februar veröffentlichte die Kommission auch einen **Fahrplan für die Evaluierung des Handelsabkommens der EU mit Kolumbien, Peru und Ecuador**. Dabei soll unter anderem untersucht werden, wie sich das Abkommen auf die Wirtschaft und den Handel ausgewirkt hat und wie hoch die Kosten und Nutzen sind. Des Weiteren sollen Einflüsse auf die Bereiche Umwelt, Soziales, Arbeits- und Menschenrechte analysiert werden. Der Fahrplan ist der Startschuss für eine umfassende Untersuchung, im Zuge welcher unter anderem auch Treffen mit der Zivilgesellschaft, eine öffentliche Konsultation sowie gezielte Befragungen und Workshops geplant sind. Erste Rückmeldungen sind bis 26. März möglich.

Als **wirtschaftlich hoch entwickelte, kleine Volkswirtschaft benötigt Österreich Exportmärkte**, um seine Waren und Dienstleistungen absetzen zu können. Ein **Schlüssel für weitere Exporterfolge** unserer Betriebe sind **internationale Handelsabkommen**. Sie verbessern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und sorgen für die nötige Rechtssicherheit.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

### Inhaltsverzeichnis

## Heiße Woche im Finanzdienstleistungsbereich – Bei Einigungen zur Kapitalmarktunion sind stabile Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit wichtig

Bei den von der Kommission Ende Mai veröffentlichten Legislativvorschlägen im Bereich der nachhaltigen Finanzierung konnte am 25. Februar eine Trilogeinigung zum Verordnungsvorschlag zu Referenzwerten für CO<sub>2</sub>-arme Investitionen bzw. für Investitionen mit günstiger CO<sub>2</sub>-Bilanz, welche den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Unternehmen darstellen, erzielt werden. Hier wird eine **neue Kategorie** mit zwei Arten von Referenzwerten eingeführt: EU-Referenzwerte für Investitionen in eine klimafreundlichere Wirtschaft bzw. für Investitionen im Einklang mit dem Pariser Übereinkommen. Zudem wird die Übergangsregelung für kritische Referenzwerte und jene aus Drittstaaten bis Ende 2021 verlängert.

Einen Tag später, am 26. Februar, folgten dann **zwei weitere Trilogeinigungen**: zum einen schloss man die Verhandlungen bei dem von der Kommission im März 2018 vorgeschlagenen **Paket zur Schaffung eines Unionsrahmens für gedeckte Schuldverschreibungen**, welches eine Richtlinie über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht sowie die Änderung der Eigenkapitalverordnung hinsichtlich Risikopositionen in Form gedeckter Schuldverschreibungen enthält, ab. **Die Regeln sollen eine einheitliche Definition sowie bestimmte Merkmale von gedeckten Schuldverschreibungen und die Aufgaben der Aufsicht in diesem Bereich festlegen.**

Zudem einigten sich der Rat und das Europäische Parlament bei der Überarbeitung des Rechtsrahmens für Wertpapierfirmen. Die Legislativvorschläge waren im Dezember 2017 von der Kommission veröffentlicht worden. **Kleinere Wertpapierfirmen sollen einfacheren Aufsichtsregeln sowie Eigenkapitalanforderungen unterliegen.** Eine detailliertere Ausgestaltung der Anerkennungsregelungen betreffend die Gleichwertigkeit von Wertpapierfirmen aus Drittländern sowie weitere Kompetenzen der Kommission in diesem Bereich sind vorgesehen.

Am 27. Februar stimmte der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (**ASTV**) im Namen des Rates einer Ratsposition für ein **verhältnismäßigeres regulatorisches Umfeld für Börsengänge von KMU** zu. Der im Mai 2018 von der Kommission vorgelegte Verordnungsvorschlag soll den **Zugang zu Marktfinanzierungen für KMU erleichtern**. Da das Europäische Parlament seinen Standpunkt bereits vergangenen Dezember festgelegt hat, können die Trilogverhandlungen beginnen.

Die Pläne zur Schaffung einer Kapitalmarktunion und das damit verfolgte Ziel, Investitionen zu fördern, werden von der WKÖ positiv beurteilt. Alternative zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten der Realwirtschaft sind wichtig, gleichzeitig müssen aber auch Hindernisse für die in Europa bedeutende Bankkreditfinanzierung beseitigt werden. **Wesentlich für den Erfolg der Kapitalmarktunion und die Finanzmarktstabilität sind stabile Rahmenbedingungen und langfristige Rechtssicherheit.**

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

### Inhaltsverzeichnis

## Neuer EU-Preis für Vorreiter in Sachen Produktsicherheit

Die Europäische Kommission vergibt einen neuen Preis für Produktsicherheit, um Unternehmen auszuzeichnen, die hervorragende Produktsicherheit bieten. **Kleine wie große Unternehmen sind aufgefordert, sich in den Kategorien Online-Verkauf und Babyartikel um diesen Preis zu bewerben.** Die Auszeichnung ist für Unternehmen gedacht, die ihre Produkte und Dienstleistungen durch Innovation und Investitionen sicherer gestalten.





Grafik © European Union  
2019

Es werden zwölf Preise verliehen: sechs in der Kategorie „Online-Verkauf“ und weitere sechs in der Kategorie „Babyartikel“. In den Kategorien werden jeweils drei KMU und drei größere Unternehmen mit einem Gold-, Silber- oder Bronzpreis ausgezeichnet. Die Gewinner erhalten ihren Preis im Rahmen einer diesen September stattfindenden Zeremonie in Brüssel.

Teilnahmeberechtigt sind Unternehmen, die in einem der 31 Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (die 28 EU-Mitgliedstaaten plus Island, Norwegen und Liechtenstein) ansässig sind. **Bewerbungen können bis 7. April 2019 eingereicht werden.**

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

## Inhaltsverzeichnis

# Neues aus den Verbänden

## Rabmer-Koller: Europawahl entscheidend für eine erfolgreiche Zukunft – KMU in Europa stärken

„Europa steht auf dem Scheideweg. Die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai und die Entscheidung über die nächste EU-Kommission werden nicht nur für Europa, sondern auch für unsere KMU entscheidend sein. **SMEunited** und seine Mitgliedsorganisationen werden die Zeit bis Ende Mai nutzen, um kleine und mittlere Unternehmen an die Spitze der europäischen politischen Agenda zu bringen“, betonte SME United Präsidentin und WKÖ-Vizepräsidentin Ulrike Rabmer-Koller (siehe Foto) am Dienstag zum Startschuss der Europawahl-Informationskampagne des europäischen KMU-Verbandes.



„SMEunited wird aufzeigen, warum KMU so wichtig für Europas Wirtschaft und Gesellschaft sind. Sie sind die Treiber von Innovation und Basis für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Europa. Europas Politikern und insbesondere den Kandidaten für das Europäische Parlament wollen wir die besonderen Herausforderungen und Anliegen der 24 Millionen KMU in Europa bewusstmachen. Gleichzeitig wollen wir unseren KMU zeigen, warum Europa für sie so wichtig ist und warum sie für ein gemeinsames Europa stimmen sollten.“

Die Kampagne stützt sich auf das **SMEunited Memorandum** für die Europawahlen: „Die Stärkung der KMU in Europa ist die grundlegende Botschaft der zehn Prioritäten in unserem Memorandum. **KMU müssen mehr denn je bei der Gestaltung der Zukunft der Europäischen Union berücksichtigt werden. Ohne sie geht es nicht!**“, so Rabmer-Koller. „Als Triebkräfte des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts brauchen KMU eine unternehmerische Gesellschaft, qualifizierte Mitarbeiter, Finanzmittel für Innovationen und Investitionen, gleiche Wettbewerbsbedingungen und die echte Verwirklichung des Binnenmarktes.“

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

## EU-Wirtschaftsclub mit Philipp Schulmeister: Interesse an Europawahlen steigt

„Das Interesse an den Europawahlen ist im Vergleich zu 2014 deutlich gestiegen“, betonte Philipp Schulmeister, Abteilungsleiter für die Beobachtung der öffentlichen Meinung in der Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Parlaments (siehe Foto rechts), am 27. Februar 2019 beim EU-Wirtschaftsclub in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU. Die öffentliche Diskussion sei diesmal viel stärker, das Thema Europa viel präsenter. „Heißt das, dass mehr Leute wählen werden? Ich weiß es nicht. Man kann es nur hoffen.“

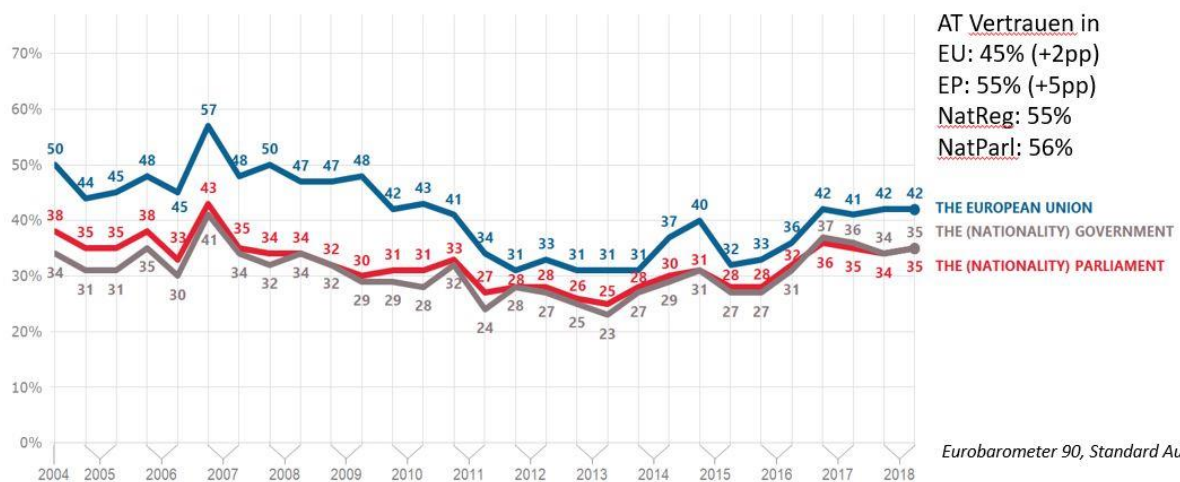


Von 23.-26. Mai 2019 (Österreich: 26. Mai) sind rund 375 Millionen Europäerinnen und Europäer aufgerufen, ihre 705 Abgeordneten zum Europäischen Parlament zu wählen. 19 Abgeordnete werden in Österreich gewählt, einer mehr als 2014. Die Wahl findet zwei Monate nach dem geplanten Termin des Austritts des Vereinigten Königreichs als der EU statt. Ohne Brexit würden 751 Abgeordnete gewählt.

## Mehr als 40% der Europäer vertrauen der EU

Nach wie vor eine Minderheit, dennoch höher als während der Wirtschaftskrise (und 2014)

QA8a I would like to ask you a question about how much trust you have in certain media and institutions. For each of the following media and institutions, please tell me if you tend to trust it or tend not to trust it.  
(% - EU - TEND TO TRUST)



Grafik © Philipp Schulmeister

In Österreich herrscht im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten ein hohes Vertrauen in das Europäische Parlament, und allgemein in Institutionen und Behörden. Die wichtigen Themen seien in den einzelnen

Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich: „Auf eine Frage erhalten wir nicht eine, sondern 27 bzw. 28 Antworten“, so Schulmeister.

Ansprechpartnerin: Franziska Annerl

Inhaltsverzeichnis

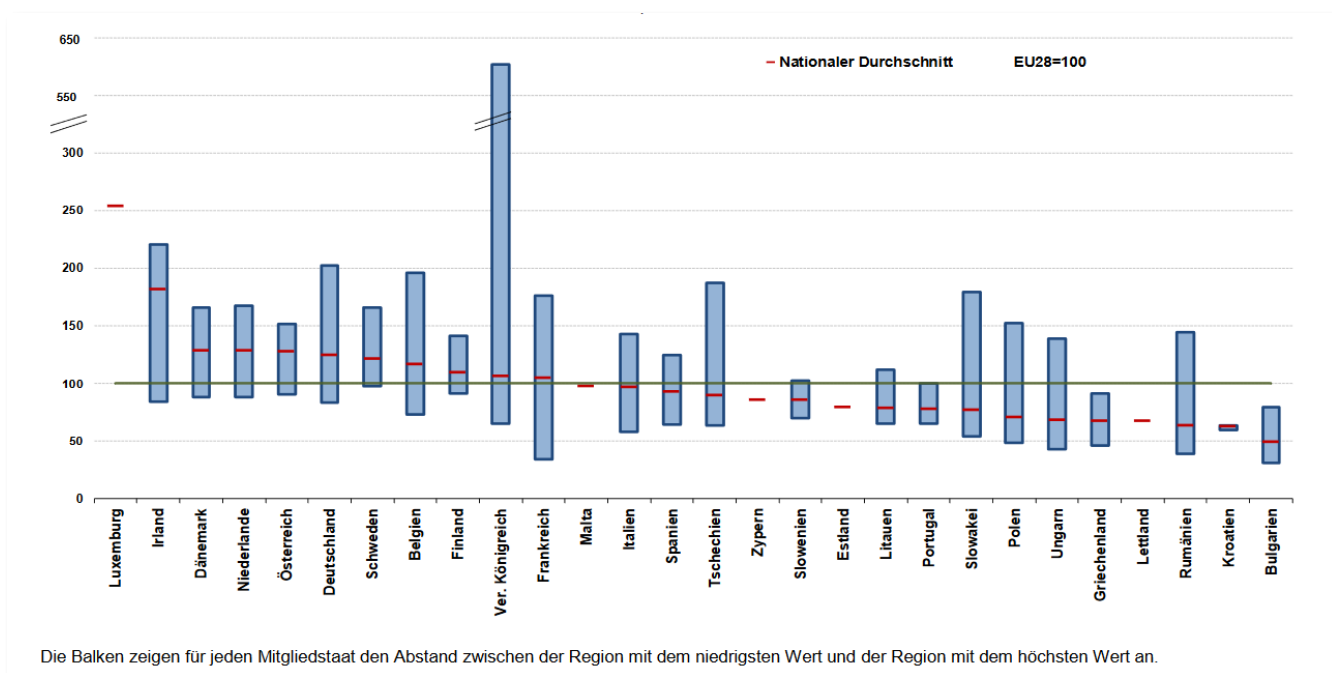


**Regionales BIP pro Kopf reichte im Jahr 2017 von 31 bis 626 Prozent des EU-Durchschnitts**

Im Jahr 2017 reichte das regionale BIP pro Kopf, ausgedrückt in Kaufkraftstandards, laut eurostat von 31 Prozent des Durchschnitts der Europäischen Union in der Region Nordwestbulgarien bis 626 Prozent des Durchschnitts in der Region Inneres London – West im Vereinigten Königreich. In Bezug auf das regionale BIP pro Kopf führte im Jahr 2017 **Inneres London – West** im Vereinigten Königreich (626 Prozent des Durchschnitts) die Rangliste vor **Luxemburg** (253 Prozent), **Süden** in Irland (220 Prozent), **Hamburg** in Deutschland (202 Prozent), der **Region Brüssel** in Belgien (196 Prozent), **Osten und Midland** in Irland (189 Prozent) und **Prag** in Tschechien (187 Prozent) an.

Im Jahr 2017 lag das BIP pro Kopf in 21 Regionen mindestens 50 Prozent über dem EU-Durchschnitt: fünf davon lagen in Deutschland, jeweils zwei in Irland, Österreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich und jeweils eine in Belgien, Tschechien, Dänemark, Frankreich, der Slowakei, Polen und Schweden sowie Luxemburg. In diesen 21 Regionen leben insgesamt 52,3 Millionen Menschen.

**Unterschiede des regionalen BIP pro Kopf in den EU-Mitgliedstaaten, 2017**  
in KKS, EU28 = 100



Grafik © eurostat, 2019

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

# Jobs + Jobs + Jobs

## eu-LISA sucht General Services Officer

Die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (LISA) sucht:

### General Services Officer

Ref. eu-LISA/19/TA/AD7/2.1

Bewerbungen sind bis zum 20. März 2019 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

### Schon gewusst?

Auch auf [wko.at](#) finden Sie regelmäßig topaktuelle Stellenangebote von EU-Institutionen und -Agenturen!

### Inhaltsverzeichnis

# EU-Agenda

## Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2286. Sitzung am 6. März 2019:

Hochschulorientierungsdebatte: EU-China – Eine strategische Bestandsaufnahme

Fortschrittsbericht über die Umsetzung der europäischen Migrationsagenda

## Ausschüsse des Europäischen Parlaments

### 4. März Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Erleichterung des grenzüberschreitenden Vertriebs von Investmentfonds

Grenzüberschreitender Vertrieb von Investmentfonds

### 4. März Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte

4. März

#### Rechtsausschuss

Einsatz digitaler Werkzeuge und Prozesse im Gesellschaftsrecht

Schutz von Personen, die über Verstöße gegen das Unionsrecht berichten

4. März

#### Ausschuss für Verkehr und Tourismus

Frist für die Anwendung der besonderen Vorschriften über die höchstzulässige Länge von Führerhäusern, die eine verbesserte Aerodynamik und Energieeffizienz sowie eine bessere Sicherheit bieten

Sicherheitsmanagement für die Straßeninfrastruktur

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union

Gemeinsame Vorschriften zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Luftverkehr im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union

Gemeinsame Regeln zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Güterkraftverkehr im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union

Kontrolle: Erläuterung des Entwurfs eines delegierten Rechtsakts zu Spezifikationen für kooperative intelligente Verkehrssysteme durch die Kommission

Rückmeldungen aus den Trilogverhandlungen (Fazilität „Connecting Europe“ 2021-2017)

4. März

#### Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit

7. März

#### Haushaltsausschuss

Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen im Haushalt 2019 und 2020

### Inhaltsverzeichnis

## Tagungen des Rates

4. März

#### Verkehr, Telekommunikation und Energie

Beratungen über Gesetzgebungsakte

- Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- Ein sauberer Planet für alle: Strategische, langfristige Vision für eine klimaneutrale Wirtschaft

#### Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

- Überarbeitung der Gasrichtlinie
- Verordnung zur Fazilität „Connecting Europe“

5. März

#### Umwelt

##### Beratungen über Gesetzgebungsakte

- (ggf.) Verordnung zur Wasserwiederverwendung
- (ggf.) Trinkwasser-Richtlinie (Neufassung)

##### Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- Ein sauberer Planet für alle: Strategische, langfristige Visison für eine klimaneutrale Wirtschaft
- Rahmen der Europäischen Union für endokrine Disruptoren

##### Sonstiges

- Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/757 zwecks angemessener Berücksichtigung des globalen Datenerhebungssystems für den Kraftstoffverbrauch von Schiffen
- Bessere Durchsetzung des Ausstiegs aus der Erzeugung und dem Verbrauch von Fluorkohlenwasserstoffen
- Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Luftverkehrssteuer

7.-8. März

#### Justiz und Inneres

##### Beratungen über Gesetzgebungsakte

- Richtlinie über rechtliche Vertreter zwecks Erhebung von Beweismitteln
- Richtlinie zu Hinweisgebern

##### Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- Beschluss des Rates über die Aufnahme von Verhandlungen über ein EU-US-Abkommen über den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln

#### Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

7. März

**Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T 716/14 Tweedale /EFSA und T 329/17 Hautala u.a. / EFSA**

#### Zugang zu Glyphosat-Studien

Herr Tweedale (T-716/14) sowie die vier Europaabgeordneten Heidi Hautala, Benedek Javor, Michèle Rivasi und Bart Staes (T-329/17) beanstanden vor dem Gericht der Europäischen Union Entscheidungen der Europäische Behörde für Lebensmittel-

sicherheit (EFSA), mit denen Ihnen der Zugang zu toxikologischen bzw. Kanzerogenitätsstudien im Zusammenhang mit der Verlängerung der Zulassung für den Pestizid-Wirkstoff Glyphosat teilweise verwehrt wurde. Die EFSA begründete diese (teilweise) Zugangsverweigerung insbesondere mit dem Schutz der geschäftlichen Interessen der Unternehmen, die die Studien vorgelegt hatten. Das Gericht entscheidet heute über die Klagen, die Herr Tweedale und die vier Europa-abgeordneten gegen die ablehnenden EFSA-Entscheidungen erhoben haben.

[Weitere Informationen T-716/14](#)  
[Weitere Informationen T-329/17](#)

## Inhaltsverzeichnis

# Ausgewählte laufende Konsultationen

## Binnenmarkt

[Bewertung der Niederspannungsrichtlinie 2014/35 / EU](#)  
10.01.2019 - 04.04.2019

[Bewertung der EU-Rechtsvorschriften zum Designschutz](#)  
18.12.2018 - 12.03.2019

## Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Institutionelle Angelegenheiten

[Leichte Ausbauregelung für drahtlose Zugangspunkte für kleine Gebiete](#)  
16.01.2019 - 10.04.2019

[Zwischenbewertung des Programms zu Interoperabilitätslösungen für Verwaltungen, Unternehmen und Bürger \(ISA2\)](#)  
07.12.2018 - 01.03.2019

## Energie

[Konsultation zur Liste der in Frage kommenden Projekte von gemeinsamem Interesse in der Gasinfrastruktur](#)  
26.02.2019 - 20.05.2019

[Konsultation zur Rolle des Euro im Energiebereich](#)  
14.02.2019 - 31.03.2019

## Gerechtigkeit und Grundrechte

[Bewertung der Bestimmungen der Richtlinie 2006/54 / EG zur Umsetzung des Vertragsprinzips "Entgeltgleichheit"](#)  
11.01.2019 - 05.04.2019

## Lebensmittelsicherheit

[Bewertung von Materialien für den Kontakt mit Lebensmitteln \(FCM\)](#)  
11.02.2019 - 06.05.2019

Bewertung der Futtermittelzusatzstoffe-Verordnung  
12.12.2018 - 03.04.2019

## Migration und Asyl

Bewertung des Instruments der Schengen-Fazilität für Kroatien  
04.01.2019 - 29.03.2019

## Steuern und Zollunion

Bewertung der Verwaltungszusammenarbeit in der direkten Besteuerung  
10.12.2018 - 04.03.2019

## Umwelt

Umsetzung der Aarhus-Konvention durch die EU im Bereich des Zugangs zu Gerichten in Umweltangelegenheiten  
20.12.2018 - 14.03.2019

Fitness Check der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie  
17.09.2018 - 04.03.2019

## Verbraucher

Bewertung der Verbraucherkreditrichtlinie  
14.01.2019 - 08.04.2019

## Wettbewerb

Emissionshandelssystem - Leitlinien für staatliche Beihilfen - Aktualisierung  
21.02.2019 - 16.05.2019

## Wirtschaft und Industrie

Bewertung der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME)  
14.12.2018 - 08.03.2019

### Inhaltsverzeichnis